



Forderungen der BAG KJS

zum Bundestagswahljahr 2017

Was sagen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke, die FDP und die AfD dazu?

Eine Auswertung der Wahlprogramme von sechs Parteien.



Forderung BAG KJS:

Gesetzliche Verankerung einer Ausbildungsgarantie im SGB III





Dazu trifft die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage



Neben der Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen will die SPD zugleich die Qualität der dualen Ausbildung steigern, um beispielsweise die sozialen Berufe attraktiver zu machen.

Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ soll fortgeführt werden. Ziel ist die Garantie auf einen Ausbildungsplatz und damit der Anspruch für alle in Deutschland lebenden jungen Menschen auf eine qualitativ hochwertige und vollqualifizierende Ausbildung. Der betriebliche Ausbildungsplatz steht dabei im Mittelpunkt.



Die GRÜNEN wollen eine Ausbildungsgarantie, die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen tritt.

Alle Jugendlichen sollen direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden.

.



DIE LINKE.

Die LINKE setzt sich für ein Recht auf eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für alle ein.

Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen sicherstellen, dass alle die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben.

Am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen muss ein verbindliches Ausbildungsangebot stehen.



Dazu trifft die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

Forderung BAG KJS:

***Zugang zu beruflicher Ausbildung für
junge Geflüchtete - statusunabhängig***





Dazu trifft die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Bei denjenigen, die als Jugendliche zu uns kommen, allein oder mit ihren Eltern, darf das Ende der (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule zu besuchen.

Die SPD will, dass Schutzsuchende, die sich in einer dualen Ausbildung befinden, diese unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens beenden und sich danach auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewerben können (3+2-Regelung). Sie will dafür sorgen, dass diese auch für Ausbildungsbetriebe wichtige Regelung mit Leben erfüllt wird.



Um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu verbessern und dafür zu sorgen, dass eine Ausbildung nicht länger an einer unsicheren Bleibeperspektive scheitert, wollen die Grünen, dass Asylsuchende und Geduldete rechtssichere Aufenthaltstitel für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung erhalten.

Eine Differenzierung nach Bleiberechterspektiven lehnen die Grünen ab.



DIE LINKE.

Die Linke will einen frühzeitigen Zugang für Migrant/-innen und Geflüchtete zu Integrations- und Sprachkursen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Für Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung will die Linke eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung.
Für geflüchtete und andere zugewanderte Kinder und Jugendliche in Schule oder Ausbildung fordert die Linke ein Bund-Länder-Programm »Sofortmaßnahmen in der Bildung«.



Dazu trifft die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

Forderung BAG KJS:

***Kinder-/Jugendarmut durch
rechtskreisübergreifende Kooperation
bekämpfen***





Dazu trifft die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

DIE LINKE.

Die Linke plant eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder vor Armut und Ausgrenzung schützt.

Der Linke Plan gegen Kinderarmut:

1. *Kinderarmut ist »Elternarmut«. Die Linke kämpft gegen Niedriglohn und für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt.*

2. *Gegen Armut von Kindern und jungen Erwachsenen wird ein eigenständiger Aktionsplan gegen Kinderarmut gebraucht. Er muss von Bund und Ländern und unter der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erarbeitet werden.*

3. *Kinder und Jugendliche brauchen eine bessere öffentliche soziale Infrastruktur. Diese beinhaltet die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und kostenfreien Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen.*



Die SPD will keinen Jugendlichen zurücklassen. Das Ende der Schulpflicht darf deshalb nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule oder Berufsschule zu besuchen.

Die SPD setzt auf Perspektiven durch gezielte Förderung statt auf schärfere Sanktionen für unter 25-jährige im SGB II.



Die FDP will Kinderarmut bekämpfen und deshalb Kinder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderung rücken. Dazu sollen die bisher den Eltern zustehenden, kindesbezogenen Leistungen zu einem „Kindergeld 2.0“ zusammengefasst und damit ein eigenständiger Anspruch des Kindes geschaffen werden.

Die Anrechnung familienbezogener Leistungen auf SGB II-Leistungen will die FDP ändern. Das „Kindergeld 2.0“ beinhaltet: einkommensunabhängigen Grundbetrag, einkommensabhängiges Kinder-Bürgergeld und Gutscheine für Leistungen für Bildung und Teilhabe.



Die Grünen planen eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung einführen, die das Kindergeld und die Kinderfreibeträge ersetzt. Diese neue Kindergrundsicherung soll mit der Einführung einer Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Grundfreibetrag verknüpft werden.

Die Grünen wollen ein möglichst langes gemeinsames Lernens. Das Kooperationsverbot soll aufgehoben werden. Um Chancengerechtigkeit zu schaffen, müssen Bund, Länder und Kommunen ohne Hindernisse zusammenarbeiten können.



Dazu trifft die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

Forderung BAG KJS:

***Flächendeckend Jugendberufsagenturen
in kommunaler Trägerschaft einführen***





Dazu trifft die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Für einen guten Übergang von der Schule in die Ausbildung sind die frühzeitige Berufs- und Studienorientierung und, wenn nötig, eine unterbrechungsfreie Berufseinstiegsbegleitung erforderlich. Diese will die SPD mit flächendeckenden Jugendberufsagenturen unterstützen.

Nach deren Vorbild soll auch die Zusammenarbeit aller für die berufliche Ausbildung zuständigen Stellen verbessert werden.



Dazu treffen die Grünen in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



DIE LINKE.

Dazu treffen die Linken in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

Forderung BAG KJS:

***SGB II: Verschärfte Sanktionsregeln
für U25 abschaffen***





Dazu trifft die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige will die SPD aus dem SGB II streichen. Die Sanktionierung von Leistungen für Kosten der Unterkunft soll abgeschafft werden. Niemand darf aufgrund einer Sanktion wohnungslos werden. Außerdem plant die SPD das Schonvermögen im SGB II zu verdoppeln.



Die Grünen wollen die Rechte der Leistungsberechtigten stärken und setzen in der Grundsicherung nicht auf Sanktionen, sondern auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Daher wollen sie die Sanktionen abschaffen. Dies gilt insbesondere für die Sonderregeln für unter 25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft und Heizung. Gas- und Stromsperrern müssen gesetzlich eingeschränkt werden.



DIE LINKE.

Die Linken wollen das Hartz IV-System abschaffen und durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro ersetzen - ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten.

Sperrzeiten und Sanktionen im SGB II und SGB III wollen die Linken ausnahmslos abschaffen. Zuvor erarbeitete Ansprüche dürfen nicht verworfen werden.



Dazu trifft die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

Forderung BAG KJS:

***jugendhilfegemäße Unterbringung und
Begleitung junger (volljähriger)
Geflüchteter***





In keinem der ausgewerteten Wahlprogramme wird dazu eine Aussage getroffen.

Forderung BAG KJS:

***im Ausland erworbene
(Aus)Bildungsabschlüsse zügig
anerkennen***





Dazu trifft die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die SPD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Die Grünen wollen Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller anerkennen und die bürokratischen Hürden bei der Anerkennung abbauen.

Sie wollen auch, dass Bildungs- und Berufsabschlüsse, genauso wie berufliche Kenntnisse, schneller und großzügiger anerkannt werden.



Die FDP will die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen.

Wer als Flüchtling in Deutschland anerkannt ist oder über die gesteuerte Fachkräfte-Einwanderung nach Deutschland kommen möchte, soll schnell erfahren, was sein Abschluss zählt.

Durch mehr Personal soll die Verwaltungspraxis beschleunigt werden. Eingewanderte und potenzielle Arbeitgeber/-innen erhalten nach Willen der FDP einen Rechtsanspruch auf vorherige Beratung



Dazu trifft die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

DIE LINKE.

Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, müssen unbürokratisch anerkannt werden. Bei Bedarf müssen ergänzende Qualifizierungen angeboten werden.

Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse wollen wir vereinfachen.

Forderung BAG KJS:

***non-formale Kompetenz anerkennen–
auch durch Arbeitsproben***





Dazu trifft die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Ein zentrales Element bei der Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen und Nachqualifizierung ist die Verzahnung von Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration.

Jedem und jeder soll eine Kompetenzfeststellung ermöglicht werden. Die Kosten für die Verfahren sollen sozialverträglich gestaltet werden.

Ein Rechtsanspruch auf Beratung ist festzuschreiben.



Dazu treffen die Grünen in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu treffen die Linken in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

Forderung BAG KJS:

***Präventionsprogramme gegen
gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
und Demokratiefeindlichkeit ausbauen***





Dazu trifft die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die SPD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wollen die Grünen überall dort bekämpfen, wo sie vorkommt. Sie wollen dafür sorgen, dass sich alle Menschen frei und sicher bewegen und entfalten können. Darum wollen sie entsprechende Programme finanziell ausstatten und Prävention und Partizipation ausbauen.

Um Radikalisierung von Anfang an zu verhindern wollen die Grünen eine Bildungsoffensive starten. Diese soll sich auf Kindertagesstätten und Schulen erstrecken und beinhalten: Menschenrechtsbildung, Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen, Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten.



DIE LINKE.

Die Linken stellen sich klar gegen jede Diskriminierung von Geflüchteten und Eingewanderten. Eine funktionierende Demokratie braucht gleiche politische und soziale Rechte für alle, die hier leben.



Dazu trifft die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.



Dazu trifft die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Aussage.

Forderung BAG KJS:

***Mittelaufstockung der JMD auf 58
Mio. Euro und jährlicher Ausbau***





In keinem der ausgewerteten Wahlprogramme wird dazu etwas gesagt. Auch im gesamten Bereich der Integrations- und Asylpolitik werden die JMD bei keiner der sechs Parteien explizit erwähnt.